

Forum Neue Politik der Arbeit

Ungleichheit ist kein Naturgesetz

Gewerkschaftliche Positionen und Strategien für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Abt. Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

DGB Bundesvorstand

08.11.2024

- **Einkommens(un)gleichheit: Gute Arbeit, Tarifbindung, Mindestlohn**
- **Mehr Steuergerechtigkeit: DGB-Steuerkonzept**
- **Soziale Sicherheit und Flankierung (in der Transformation)**
- **Investitionen jetzt! Für gute Daseinsvorsorge und Infrastruktur**

Einkommens(un)gleichheit

Gute Arbeit, Tarifbindung und Mindestlohn

Tarifbindung im Sinkflug: #Tarifwende

Entwicklung der Tarifbindung in Ost/West von 1998-2023



Anteil der Beschäftigten mit Tarifvertrag in Prozent



Insgesamt 49 Prozent der Beschäftigten mit Tarifvertrag

#TARIFWENDE

Quelle: IAB-Betriebspanel, 2024

Politische Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung



EU-Mindestlohnrichtlinie - Bei Tarifbindung unter 80 Prozent: Nationale Aktionspläne

DGB: 14-Punkte-Aktionsplan

- Öffentliche **Fördergelder** und **Aufträge** nur an tarifgebundene Unternehmen
 - Bundestariftreuegesetz
 - Soziale Konditionierung öffentlicher Gelder
- **Tariffucht** der Unternehmen verhindern
 - Z.B. bei Betriebsabspaltungen
- Tarifverträge leichter **allgemeinverbindlich** erklären
 - Abschaffen Vetorechts der Arbeitgeber
- **Digitales Zugangsrecht** zu den Beschäftigten
 - neue Arbeits- und Betriebsformen erschweren Zugang

DGB-Kampagne #Tarifwende

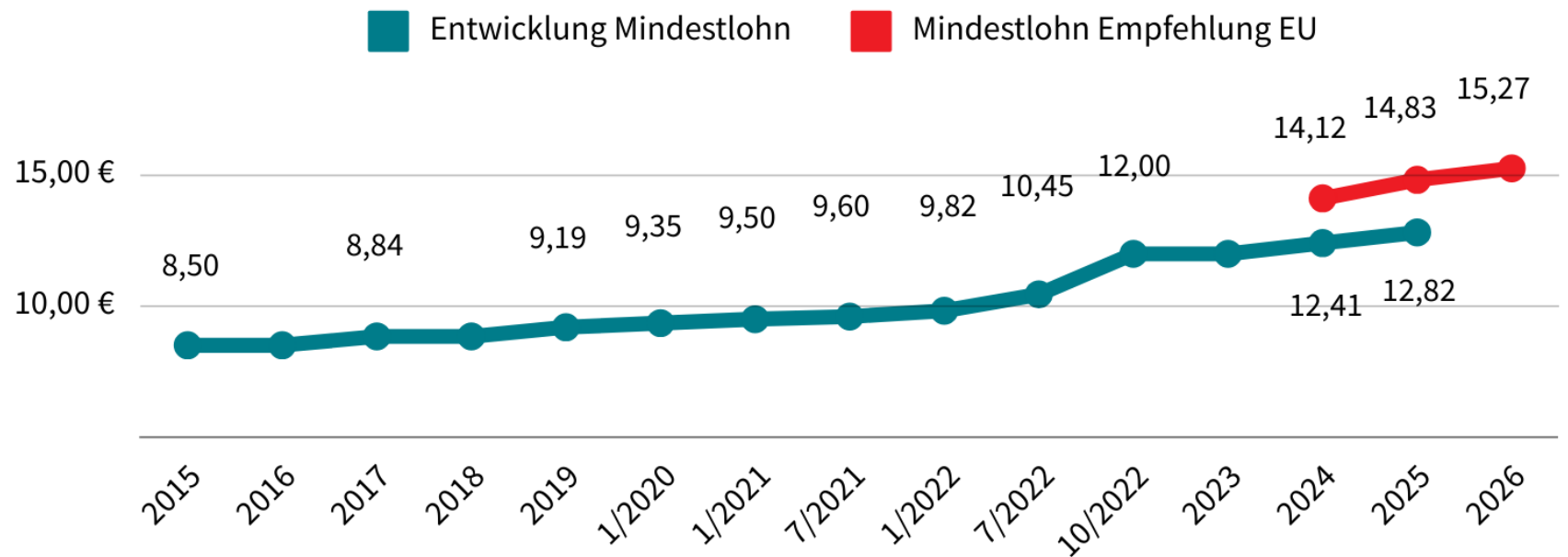
DGB



[Such dir einen Job mit Tarifvertrag! - YouTube](#)

Weiterentwicklung des gesetzlichen Mindestlohns

- Aktueller Mindestlohn zu gering: gem. EU-Mindestlohnrichtlinie 60 Prozent des mittleren Durchschnittslohns von Vollzeitbeschäftigten
- 8,4 Millionen Menschen verdienen pro Stunde unter 14 Euro



Quelle: [DGB klartext Nr. 17/2024](#)

Mehr Steuergerechtigkeit

DGB-Steuerkonzept

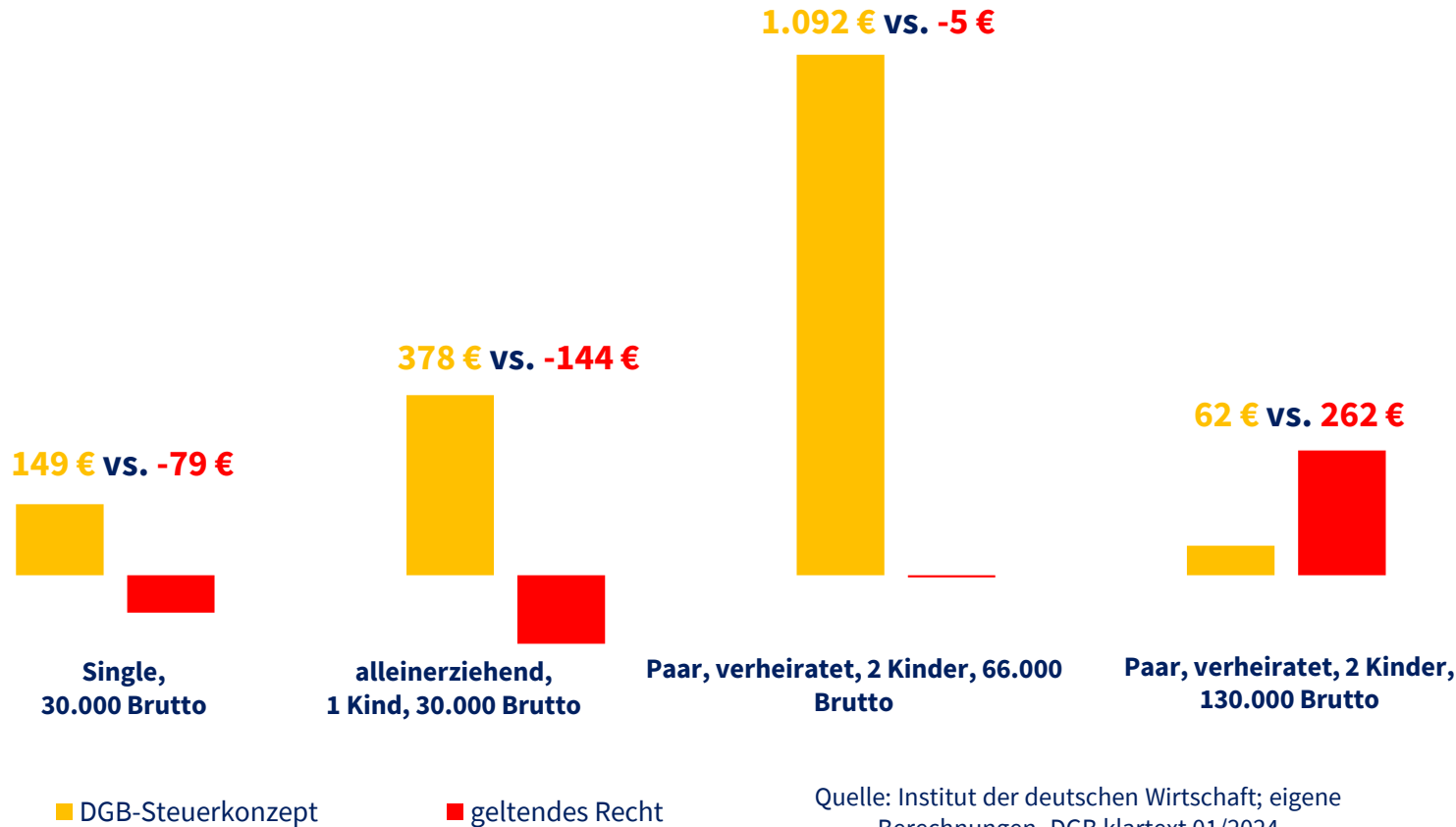
Einkommens- und Vermögensungleichheit durch ungerechte Besteuerung

- „Ungerecht“ gemessen an der finanziellen Leistungsfähigkeit
- „Ungerecht“ Belastung des Faktors Arbeit vs. des Faktors „Kapital“

DGB-Steuerkonzept soll Steuerprivilegien der letzten 25 Jahre „zurückdrehen“

- **Einkommensteuerreform**, die 95 Prozent der Haushalte entlastet, obere 5 Prozent stärker belastet
- pauschale **Abgeltungssteuer** auf Kapitalerträge von 25 Prozent abschaffen
- Reform **Erbschaft- und Schenkungssteuer** ohne Ausnahmen für Betriebsvermögen
- **Vermögenssteuer** verfassungsgemäß wiedereinführen
- **Finanztransaktionssteuer** für alle Finanzmärkte, -produkte und -akteure

DGB Einkommensteuer-Reform: Wirkung 2024 und Vorschläge für 2025*



1. Anhebung des Grundfreibetrags: 15.100 €*
2. Gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogression
3. Spitzensteuersatz ab 87.100 € auf 49 % anheben*
4. Reichensteuersatz von 52 % ab 140.000 €*

5. Pendlerpauschale zu Mobilitätsgeld umgestalten
6. Kindergrundsicherung statt Kinderfreibeträge
7. Ehegattensplitting überwinden

*DGB-Stellungnahme Oktober 2024

Tax the rich and the very rich!

DGB-Steuerkonzept:

Vermögensteuer auf Nettovermögen ab 1 Mio €:

+ 28 Mrd. Euro

Erbschaftsteuer: **+7 Mrd. Euro**
für Länder

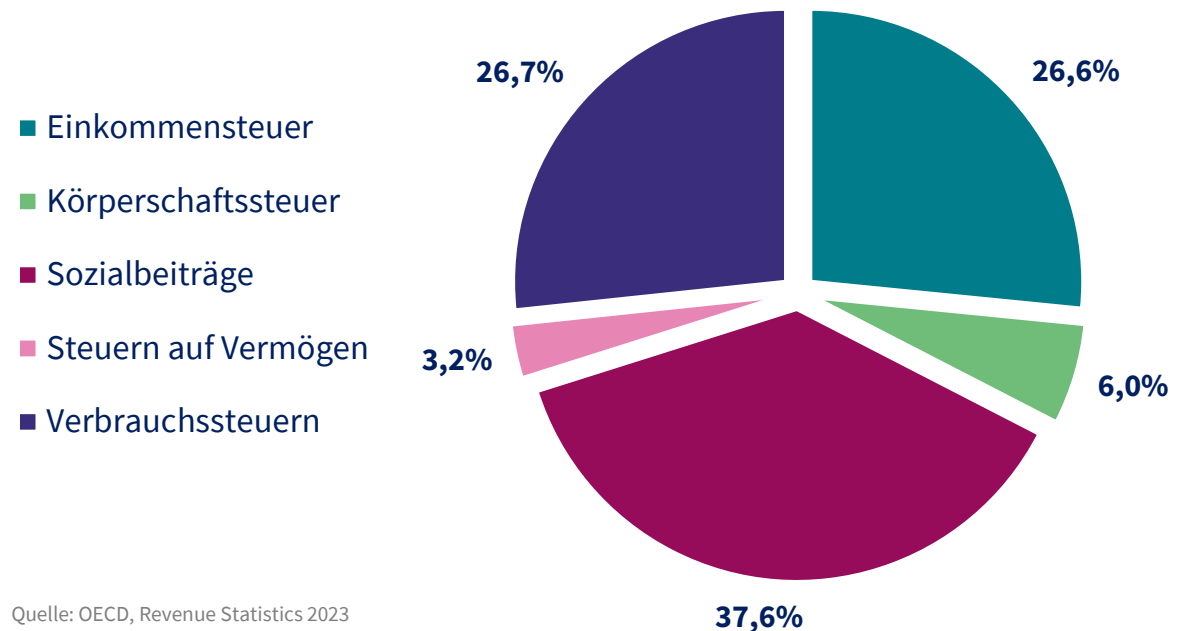
Finanztransaktionssteuer: **+17 Mrd. Euro**
für Bund

Unser Ziel:

**„Alte“ Forderungen neu beleben mit
anderen Narrativen – in alten und neuen
Allianzen!**

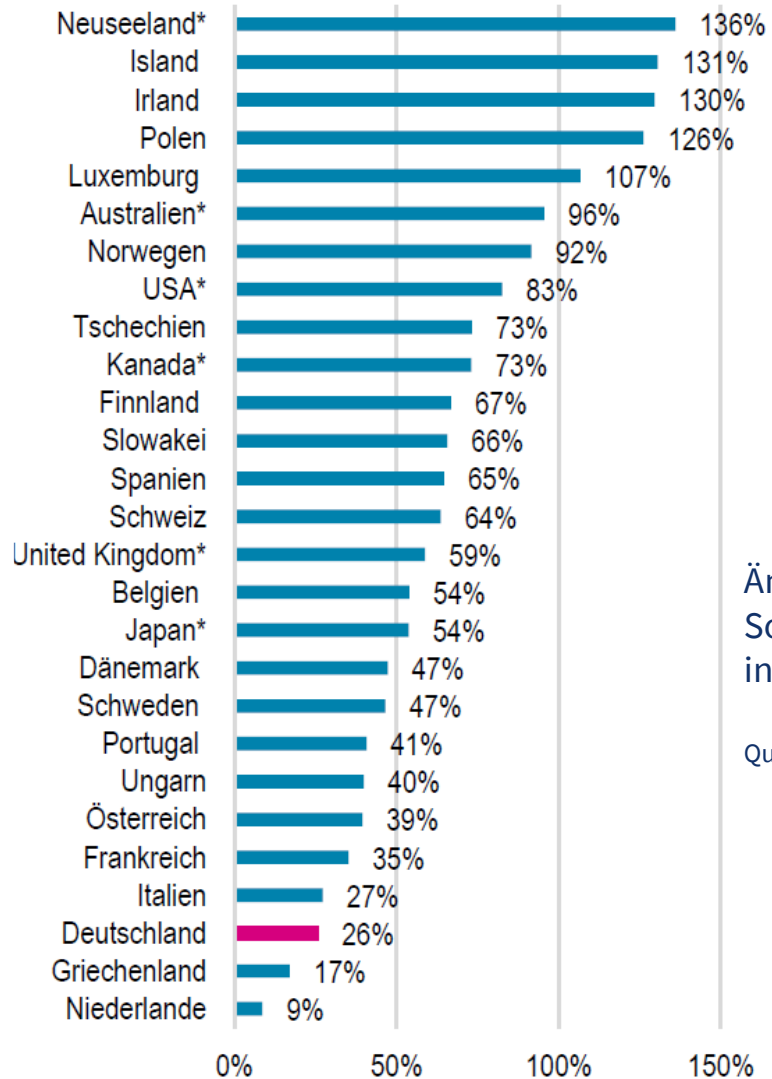
Gemeinsames Statement: Die Zeit ist reif

Zusammensetzung des Steueraufkommens in
Deutschland, 2021



Exkurs: Soziale Sicherheit und Ausgleich (in der Transformation) stärken

Sozialstaat und sozialer Ausgleich unter Druck



Änderung öffentlicher
Sozialausgaben 2002 bis 2022,
in %

Quelle: IMK 2024, OECD-Daten

* Zuwachs 2000 bis 2019



[Hier zum Download](#)

Gerechte Finanzierung der Sozialen Sicherheit

- Durch klugen Mix aus **Beiträgen** und **Steuermitteln**
- Keine Deckelung der Beitragssätze: Entlastung Eigentümer und Unternehmen
- **Zweckentfremdung** von Beitragsmitteln aus rein fiskalischen Gründen muss ausgeschlossen werden
- Verhinderung übermäßiger **Renditen** im Gesundheitswesen zu Lasten der Beitragszahler*innen

- Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus; Stärkung von Betriebsrenten
- Stabilisierung GKV und staatliche Co-Finanzierung der Sozialen Pflegeversicherung (SPV)
- Armutsbekämpfung durch bedarfsgerechtes Bürgergeld, (Kindergrundsicherung), Wohngeld

- CO₂-Bepreisung: steigende CO₂-Preise treffen v.a. kleine und mittlere Einkommen
 - Es braucht ein **soziales Klimageld** und weitere Kompensationsmaßnahmen, um soziale Härten abzufedern

Investitionen jetzt! Für gute Daseinsvorsorge und Infrastruktur

Ungerechte Haushalts- und Finanzpolitik

- Aktuelle Haushaltspolitik spielt konsumtive und investive Ausgaben und Gebietskörperschaften gegeneinander aus: Sachzwang knappe Kassen
 - > DGB-Stellungnahme und Aktionen zum Bundeshaushalt
- Enormer öffentlicher **Investitionsstau** in Bereichen der Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- Gleichzeitig weiter **steigende Bedarfe für Transformation**, Klimaschutz und soziale Abfederung, Digitalisierung, demografische Herausforderungen etc.
 - 60 bis 70 Mrd. zusätzlich pro Jahr an Investitionen! (IMK/IW, Dezernat Zukunft)
- Auch die **privaten Investitionen** in den sozial-ökologischen Umbau und Digitalisierung müssen steigen, teilweise gefördert werden (Bedarfe laut BDI: 1 Billion private Investitionen)
- DGB wiederholt Forderung nach einem **öffentlichen kreditfinanzierten Investitionsprogramm und:**

Reform der Schuldenbremse!

Gemeinsamer Verbändeappell und offener Brief

Kernforderung des DGB: Investitionsregel

- Investitionen mit **langfristigem Nutzen** von der Schuldenbremse **ausnehmen**, über Kredite finanzieren und über Generationen strecken
 - gemeinsame Finanzierung der „nutzenden“ Generationen
- **Infrastrukturausgaben**, die zur Auflösung des Investitionsstaus beitragen – dazu zählen sowohl **Ersatzinvestitionen** (bspw. Sanierungs- oder Modernisierungskosten bei Verkehrswegen, Schul- und Verwaltungsgebäuden oder anderswo), als auch **Erweiterungsinvestitionen** (also der Neubau von Verkehrswegen oder anderer Infrastruktur)
- Investitionen in **Klimaschutz- und Klimaanpassung**
- **Investitionszuschüsse** zur Förderung privater Investitionen in die sozial-ökologische Transformation und strategische Beteiligungen an Unternehmen („finanzielle Transaktionen“)
- Wichtig: Zweckbindung -> **soziale Konditionierung**: Beschäftigungssicherung, Tariftreue, Standorterhalt etc.

Reform Schuldenbremse

- Muss die Situation von **Ländern und Kommunen** adressieren!
- Über 1/3 der Bau- und Infrastrukturinvestitionen auf kommunaler Ebene
- Gleichzeitig größter Investitionsstau (KfW-Kommunalpanel 186 Mrd. Euro)
- Länder keine Verschuldungsoptionen unter Schuldenbremse: strukturelles Defizit 0%

- **Gute Daseinsvorsorge und Infrastruktur: Kitas, Schulen, Mobilität, Gesundheitswesen, Wohnraum reduzieren Armutsrisiko (ZEW, DIW) und sichern gesellschaftliche Teilhabe**
Wird somit zur Frage der Demokratie ebenso wie die hohe Vermögensungleichheit!!!
(WSI Verteilungsbericht 2024 u.a.)

- Nachhaltige Wertschöpfung und **starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen** sichern Wohlstand von morgen und notwendige Akzeptanz der Transformationsvorhaben

Vielen Dank!

Henriette Neumann

Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

DGB Bundesvorstandsverwaltung

Henriette.Neumann@dgb.de